DIE ERKLÄRUNG VON BASEL

DER TOD, DER AUS DER ERDE KOMMT

CALL FOR A BAN ON URANIUM

DER TOD, DER AUS DER ERDE KOMMT

Die indigenen Völker warnen uns: Uran ist ein Erz, dem wir Menschen nicht gewachsen sind.

von Claus Biegert

Rohstoffe sind die Voraussetzung: Unsere Zivilisation braucht täglichen Nachschub, um ihren industriellen Betrieb zu gewährleisten und um neue Ideen in die Tat umzusetzen. Wir sind alles andere als Minimalisten. Wir schöpfen aus dem Vollen und verschwenden keinen Gedanken an den Weg der Ressourcen. Wir holen uns, was wir zur Aufrechterhaltung unseres Lebensstils brauchen, und zerstören dabei, was wir zum Leben brauchen. Dies ist so, weil es in einer Wachstumsgesellschaft nicht anders sein kann.

Rohstoff Uran. Was Uran von allen anderen Erzen aus der Erde, die täglich weltweit gefördert werden, unterscheidet: Wir sind ihm nicht gewachsen.

Wir haben mit ihm die Kernspaltung zu Wege gebracht und glauben das reiche, um sämtliche Gefahren der Radioaktivität zu beherrschen. Es reicht nicht! Wir wissen es und handeln dennoch gegen besseres Wissen. Bis heute wird Uranerz wie Silber, Gold, Eisen, Zink, Kohle etc. im Stil des Bergbaus abgebaut, es gilt das Bergrecht des 19. Jahrhunderts (sofern überhaupt Rechte gelten und nicht nur Claims abgesteckt werden), und Menschenrechte gehören nicht zum Vokabular. Uran und seine Zerfallsprodukte strahlen auf unabsehbare Zeit. Diese Strahlung gefährdet unsere Gesundheit und die aller nachfolgenden Generationen.

Vor dem September 1977 hatte ich nie über Uran nachgedacht. Damals tagte bei den Vereinten Nationen in Genf der Entkolonialisierungsausschuss mit indianischen Delegationen von Alaska bis zu den Anden. Ich traf viele Freunde wieder – seit dem Aufstand von Wounded Knee 1973 bereiste ich als Journalist das indigene Nordamerika – und ich fand viele neue Freunde. Zu den neuen Freunden zählte Winona LaDuke, eine High School-Absolventin aus Minnesota, ihr Vater war ein Anishinabe aus dem Reservat White Earth. Am letzten Tag, es war am Abend in der UNO-Cafeteria, kam Winona an den Tisch, an dem ich mit anderen Journalisten saß, und reichte mir ein Blatt, auf dem sie mit Filzstift das Navajo-Reservat gezeichnet hatte und mit ein paar Flecken die Uranvorkommen. „Solltest du weiterhin über uns schreiben, solltest du dich auf Uran konzentrieren. Es wird meistens auf indianischem Land abgebaut." Ein Aufruf, der mein Leben in die heutigen Bahnen gelenkt hat. Wenige Monate später besuchte ich Winona, als sie – inzwischen eine Studentin der Ökonomie in Harvard – während ihrer Semesterferien bei den Navajo arbeitete.

In dieser Zeit erschienen ihre ersten Artikel zum Thema, es waren die ersten Berichte über Uranabbau überhaupt, niemand hatte vor ihr das Problem aufgegriffen. Die Gebiete des Uranabbaus waren als Lebensraum nicht mehr tauglich; 80 Prozent der ursprünglichen Strahlung blieb in den Abraumhalden, die, Wind und Regen preisgegeben, für eine stetige radioaktive Verseuchung des Landes sorgten. Die indianischen Bergleute starben und mit ihnen die Angehörigen, die ihre Heimat nicht verlassen konnten. Nationale Opfergebiete nannte die US-Regierung diese Regionen. Für die Ureinwohner waren es heilige Orte, deren Unversehrtheit Voraussetzung für eine intakte Erde war. Das trieb Winona zur Weißglut, die Welt ließ es kalt. Die nukleare Gesellschaft verlangte ihren Treibstoff. Winona schrieb und schrieb; jahrelang kamen die meisten Artikel aus ihrer Feder. Inzwischen hatte sie auch Kontakte zu anderen Uran-Regionen der Welt aufgenommen und konnte zeigen, dass sich in Kanada und Australien parallele Katastrophen abspielten: wieder waren die Ureinwohner die Opfer, die Verantwortlichen waren die bekannten internationalen Konzerne.

Dann kam der 26. April 1986. Der GAU von Tschernobyl bestimmte die Nachrichten aller Medien aller Erdteile. Ich musste an die Bergleute der Navajo denken und alle anderen Menschen der weltweiten „nationalen Opfergebiete“: Sie starben ohne spektakuläre Umstände und waren daher kein Thema. Sie sind bis heute die Kollateralschäden einer nuklearen Konsumgesellschaft.

Daraus entstand die Idee, auf allen Kontinenten die Menschen zu suchen, die sterben müssen, weil wir Atomstrom wollen. Die sterben müssen, weil wir auf atomare Abschreckung setzen. Die unerwähnt bleiben, weil die Medien für Katastrophen ihre eigenen Kriterien haben. Als Journalist wusste ich gut genug, dass ich daran wenig ändern konnte. Ich entschied mich für eine berufliche Pause und wechselte über ins Lager der Aktivisten. Von dort aus sah ich dann, dass uns von den radioaktiv verseuchten Stammesvölkern nicht so viel unterschied: In nächster Nachbarschaft, in der DDR, befand sich Wismut, die größte Uranmine Europas, für Jahrzehnte der Lieferant für das russische Nuklearprogramm.

Die Idee zum World Uranium Hearing war geboren, aus einer Handvoll Gleichgesinnter wurde mit den Jahren ein internationales Team. Sechs Jahre nach Tschernobyl, vom 13. bis 18. September 1992, tagte dann in Salzburg das World Uranium Hearing: Rund einhundert Betroffene berichteten als „Zeugen“ vor einem internationalen, über 300-köpfigen „Board of Listeners“ über die täglichen Auswirkungen von Uranabbau, Atomtests und der Lagerung radioaktiven Mülls. Erkennungszeichen des WUH wurde ein Logo, das einer Felszeichnung der Njamal aus dem Nordosten Australiens entlehnt war und die Regenbogenschlange darstellte. In der Mythologie vieler Aborigine-Stämme schläft die Regenbogenschlange unter der Erde. Wer ihren Schlaf stört, so die Warnung, werde unbezwingbare tödliche Kräfte entfesseln. Die Felszeichnung der Njamal zeigt die erwachte Schlange.

Die Geladenen kamen aus allen Erdteilen; die Mehrheit war indigener Herkunft. Die historische Woche endete mit der „Deklaration von Salzburg“, die zwei Jahre später von der UN-Working Group on Indigenous Populations in Genf als relevantes Dokument angenommen und dem Archiv des UN-Menschenrechtszentrums zugeteilt wurde; unter dem Kennzeichen E/CN.4/Sub.2/AC.4/1994/7 6 June 1994 kann die Deklaration auf Englisch, Spanisch, Russisch und Chinesisch abgerufen werden; sie ist auch unter www.nuclear-free.com/english/salzburg.htm auf Englisch einzusehen und zum Download bereit. Die Deklaration von Salzburg endet mit der Forderung:
Uran und alle radioaktiven Mineralien müssen in ihrem natürlichen Umfeld verbleiben!

Als ich zusammen mit Christa Lubberger und Franz Moll und bald darauf Craig Reishus als Nachfolgeprojekt des WUH den Nuclear-Free Future Award ins Leben rief, war klar, dass dem Beginn der nuklearen Kette ein besonderes Augenmerk gelten sollte. 1998 hatte der NFF-Award in Salzburg seine Premiere, der Ort der Preisverleihung wechselt seitdem jedes Jahr, um auch Einladungen aus den Ländern ehemaliger Preisträger Folge leisten zu

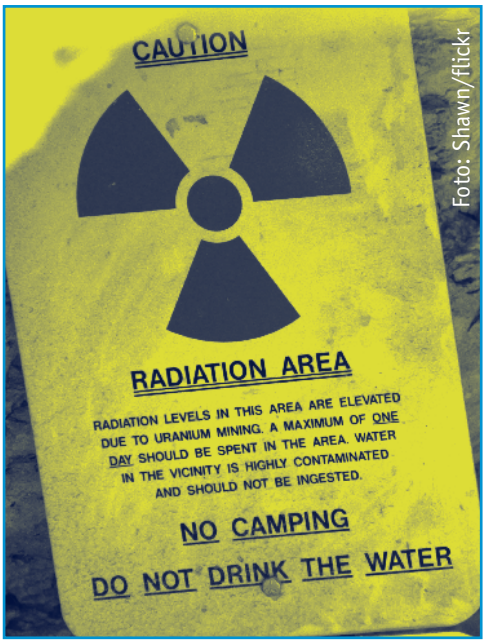

Foto: Shawn/flickr

können. 2005 – wir waren zu Gast im Nobel-Institut in Oslo - gehörte Joe Shirley Jr., der Stammespräsident der Diné Nation, zu den Preisträgern. Er hatte ein Gesetz unterzeichnet, das künftig den Abbau von Uran auf dem Reservat der Diné untersagt (Diné nennen sie sich selbst, Navajo wurden sie von den Spaniern genannt). Im Dezember 2006 waren wir dann zu Gast in Window Rock im Bundesstaat Arizona, dem Sitz der Stammesregierung. Die Preisverleihung war Höhepunkt des dreitägigen Indigenous World Uranium Summit, dem die Organisatoren (unter Leitung des Seventh Generation Fund) den Untertitel „From Salzburg to Window Rock“ gegeben hatten; der Wortlaut findet sich unter www.sric.org/uraniumsummit

Die Versammelten von Window Rock kamen aus Kanada, China, den USA, Brasilien, Indien, Australien und Vanuatu und bekräftigten in ihrer Abschlusserklärung www.sric.org/voices/2006/v7n4/IWUS_Declaration.html die Deklaration von Salzburg und riefen nach einer weltweiten Ächtung jeglicher Uranverarbeitung.

Inzwischen war der Gebrauch von Uranmunition (Geschosse, die mit abgereichertem Uran gehärtet sind) bekannt geworden, und neben dem klassischen Uranbergbau wurde inzwischen das sogenannte In-situ Leach Mining praktiziert, bei dem toxische Lösungsmittel in den Boden gepumpt werden, um das Uran unterirdisch vom Muttergestein zu trennen, was eine Kontaminierung der Grundwasservorkommen mit sich brachte.

Uranmunition und In-Situ Leach Mining waren 1992 beim World Uranium Hearing noch nicht thematisiert worden. Die Teilnehmer von Window Rock plädierten außerdem für eine Fortsetzung von Gipfeltreffen dieser Art. Man war sich auch einig, dass vereinte Anstrengungen nötig und überfällig waren, um Kontakte zum uranreichen Kontinent Afrika aufzubauen.

Günter Wippel, einem Aktivisten aus dem Schwarzwald, gelang es 2009, eine Gruppe aus afrikanischen Uranabbauzonen zu einer Tour durch Deutschland zu gewinnen. Die Delegierten kamen aus Niger, Namibia, Südafrika, Tansania und Malawi. Die gemeinsame Rundreise festigte den Zusammenhalt der isoliert arbeitenden Gruppen, und Ende des Jahres formierte sich die African Uranium Alliance mit Sitz in Malawi. Die Verseuchungen und skandalösen Arbeitsbedingungen in der Sahara von Niger sorgten sogar für einen Bericht im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Eine Nachricht bahnt sich ihren Weg, wie Wasser, das den Berg abwärts rinnt. Hindernisse können Wasserläufe und Nachrichten verzögern, verhindern können sie sie nicht. So hatten die Informationen über Uranabbau (von den großen Medien ignoriert) in den Publikationen der deutschen Sektion von IPPNW immer wieder ihren Platz gefunden (seit 2000 gab es eine Kooperation zwischen NFFA und IPPNW), und persönliche Erfahrungen zeigten ihre zusätzliche Wirkung. Günter Baitsch, ein Kardiologe aus der Schweiz, hatte bei einer Reise in Nordafrika gesehen, wie die Tuareg, ihres Nomadenlebens beraubt, zu Handlangern der französischen Uranindustrie degradiert worden waren. Bald war der Entschluss gefasst: Zur IPPNW-Weltkonferenz 2010 in Basel muss es eine Vorkonferenz über Uranabbau und indigene Völker geben. Eine Arbeitsgruppe nahm im Dezember 2009 ihre Arbeit auf, und am 26. August 2010 tagte an der Universität Basel die Konferenz „Sacred Lands, Poisoned Peoples – Indigenous Peoples, Health and Uranium Mining“.

Die Aussagen der Betroffenen aus Uranregionen in Kanada, den USA, Indien, Namibia, Niger und Australien bewegten die Gemüter. Einer der Ärzte verfasste kurzerhand einen Aufruf zur weltweiten Ächtung von Uranabbau und der Herstellung von Yellowcake (Handelsbezeichnung für Uranoxid). Am 29. August gab der internationale Rat von IPPNW seine Zustimmung. Die Resolution war angenommen. Die indigenen Sprecher der „poisoned peoples“ sahen ihre Reise nach Europa von Erfolg gekrönt. Der Weg führte von Salzburg über Window Rock nach Basel. Die hier vorliegende „Erklärung von Basel“ und die IPPNW-Resolution zur Ächtung der Urangewinnung und der Herstellung von Yellowcake sind Zeugnisse dieses Weges. Der Aufruf zur Ächtung ist eine Verpflichtung für uns alle. Wir dürfen nicht länger eine Energiequelle anzapfen, die Menschenopfer verlangt.

Foto: Dan Budnik

ERKLÄRUNG VON BASEL

zum Abschluss der Konferenz
„Sacred Land, Poisoned Peoples – Indigene Völker, Gesundheit und Uranabbau“,
Vorkonferenz der IPPNW-Weltkonferenz, Universität Basel, Schweiz, 26. August 2010

PRÄAMBEL

Die Versammelten sind sich einig, dass die Gewinnung des Rohstoffs Uran und die Herstellung von Yellowcake (Uranoxid) gleichermaßen eine Bedrohung der Umwelt und all ihrer Lebewesen, eine Verletzung der Menschenrechte und in der Konsequenz ein Hindernis für Weltfrieden und atomares Abrüsten darstellen.
Einigkeit besteht außerdem in der Erkenntnis, dass eine Technologie der Energiegewinnung, die, beginnend mit dem Abbau von Uranerz, in all ihren Etappen die Gesundheit von nachfolgenden Generationen gefährdet, grundsätzlich abzulehnen ist.

Die Versammelten wissen, dass darüber hinaus in allen aufgeführten Fällen mit einem Abstreiten der Gefahr von Seiten der Verantwortlichen zu rechnen ist.

ERKLÄRUNG

Die Versammelten – vorwiegend Vertreter indigener Nationen von fünf Kontinenten – bekräftigen die Deklaration von Salzburg, die zum Abschluss des World Uranium Hearing im September 1992 verabschiedet und im August 1994 von der Menschenrechtskommission der UNO in Genf als Dokument mit dem Kennzeichen E/CN.4/Sub.2/AC.4/1994/7, 6 June 1994 aufgenommen wurde. Darüber hinaus wollen die Versammelten angesichts der fortschreitenden verheerenden Auswirkungen nuklearer Technik in allen Erdteilen auf neue Entwicklungen seit 1992 hinweisen:

1. In Situ Leach Mining wird als Verbesserung im Uranbergbau dargestellt. Bei dieser Methode wird das Uran im Erdinneren chemisch vom Gestein getrennt und an die Oberfläche gepumpt; die toxischen Trennsubstanzen verbleiben teilweise im Boden. In Situ Leach Mining verursacht eine permanente Gefährdung des Grundwassers.

2. Der Abraum aus konventionellem Uranbergbau verseucht großflächig Natur und Menschen in allen Abbaugebieten der Welt; kein Kontinent ist davon ausgenommen. Die Wiederherstellung (Renaturierung) nach Beendigung der Urangewinnung fällt unter die Verantwortung der Bergbaufirmen; sie muss nach dem neuesten Stand der Technik erfolgen.

3. Grenzen, die von Menschen gezogen wurden, können radioaktive Verseuchung nicht aufhalten. Dennoch werden Uranabbau und Lizenzvergabe bis unmittelbar an die Grenzen von Indianerreservaten und indigenen Territorien vorangetrieben. Radioaktivität kümmert sich nicht um Rechtstitel.

4. Commons sind die Allgemeingüter der Erde, für die alle Erdbewohner gemeinsam die Verantwortung tragen. Dazu gehören vor allem saubere Luft, sauberes Wasser und sauberer Boden. Indigene Völker mahnen diese Verantwortung an, wann immer und wo immer sie mit Vertretern der Industrienationen sprechen. Der Abbau von Uran, die Verwendung von DU Munition und die Lagerung von Nuklearmüll stellen eine permanente Gefahr für die Unversehrtheit der Commons dar.

5. Heilige Stätten / Sacred Lands. Wenn nichts mehr heilig ist, ist alles in Gefahr. In der Abwesenheit des Heiligen steht der Zerstörung der Commons kein Hindernis entgegen. Die spirituelle Verbindung mit der Erde und die Anerkennung gleicher Lebensrechte für alle Lebewesen ist die Grundlage indigener Weltsicht. Der Schutz heiliger Stätten indigener Völker darf nicht nur ein Akt des Völkerrechts sein; die Entscheidungsträger der Industrienationen werden aufgerufen, das ethische Konzept indigener Völker als Grundlage nachhaltigen Wirtschaftens und ökologischer Zukunftssicherung zu betrachten.

6. Folgekosten der Urangewinnung betreffen die Renaturierung der Bergbauregionen, die Kompensierung für die Betroffenen und die Gesundheitskosten, auch für die folgenden Generationen, die sich nicht zeitlich begrenzen lassen.

7. Schutz der Arbeiter: Der Widerstand gegen Uranabbau darf nicht die Belange jener Menschen übersehen, für die der Uranabbau und die Herstellung von Uranoxid die einzige wirtschaftliche Basis des Überlebens darstellen. Ihr Schutz am Arbeitsplatz sowie ihre medizinische Versorgung und die Anerkennung von Berufskrankheiten müssen mit dem gleichen Nachdruck gefordert werden, wie er in Kampagnen zur Verhinderung neuer Minen zum Einsatz kommt.

8. Werbekampagnen der Nuklearindustrie wollen die Bevölkerung zu einer Akzeptanz gegenüber Atomstrom bewegen. Hierzu ist es notwendig, auf allen Ebenen der Bildung und Öffentlichkeit eine Korrektur durch Gegenaufklärung zu betreiben. Weder ist Kernenergie eine „grüne Energie“ oder ein „Klimaretter“, noch wird es je einen „nachhaltigen Uranabbau“ (Sustainable Uranium Mining) geben. Ohne die Missachtung des Schutzes der Bergarbeiter bei der Urangewinnung und ohne das Unterschlagen der Folgekosten wäre die Industrie nicht in der Lage, die Kernenergie als vorteilhaft darzustellen.

ZUSATZ

Wenngleich die Versammelten sich ausschließlich auf die Extraktion von Uranerz aus dem Erdboden konzentrierten, wollen sie zwei Aspekte auf dem Gebiet der Atomwaffen hervorheben:

1. Depleted Uranium (abgereichertes Uran) ist ein Abfallprodukt der Urananreicherung für die Stromgewinnung und wird wegen seiner hohen Dichte von der Waffenindustrie zum Härten von panzerbrechenden Geschossen verwendet. Der radioaktive und toxische Nanostaub, der auf Kriegsschauplätzen freigesetzt wird, trägt zu einer radioaktiven Verseuchung der Regionen auf Generationen hinaus bei.

2. Verbreitung von Atomtechnologie zur Waffenherstellung / Proliferation: Die alte Ordnung der Atomstaaten kann jederzeit aufbrechen. Bei der Weitergabe von Nukleartechnologie sind zivile und waffen-technische Nutzung der Kernspaltung eng miteinander verknüpft. Ein Anwachsen der Atomstaaten bedeutet zwangsläufig eine erhöhte Nachfrage nach Uran.

SCHLUSS

Die Erklärung von Salzburg endete mit der Forderung: Uran und alle radioaktiven Substanzen müssen in ihrer natürlichen Umgebung verbleiben. Beim Indigenous World Uranium Summit 2006 in Window Rock – auf dem Land der Dine Nation – forderten die Versammelten in ihrer Abschlusserklärung eine Ächtung jeglicher Urannutzung. Die Versammelten von Basel, gestützt von ihren Gemeinschaften in ihren Heimatländern, erneuern beide Erklärungen und fordern:

URAN UND SÄMTLICHE RADIOAKTIVEN SUBSTANZEN MÜSSEN IN IHRER NATÜRLICHEN UMGEBUNG VERBLEIBEN.

INTERNATIONAL PHYSICIANS FOR THE PREVENTION OF NUCLEAR WAR

19th World Congress – Basel, Switzerland
August 2010

RESOLUTION
Adopted on August 29, 2010
Title of Resolution: Global call to action for a ban on uranium mining
Affiliates: IPPNW Germany and PSR/IPPNW Switzerland

BE IT RESOLVED THAT:
Uranium ore mining and the production of uranium oxide (yellowcake) are irresponsible and represent a grave threat to health and to the environment. Both processes involve an elementary violation of human rights and their use lead to an incalculable risk for world peace and an obstacle to nuclear disarmament.

The International Council of IPPNW therefore resolves that:
IPPNW call for appropriate measures to ban uranium mining worldwide.

Reasons for Above:
Uranium mining contaminates groundwater and radioactivity remains in the heaps, tailings and evaporation ponds. Uranium and its radioactive decay elements are highly toxic. They attack inner organs and the respiratory system. Scientific studies have shown that the following diseases are caused by exposition to radon gas, uranium and uranium's decay elements: Bronchial and lung cancer; cancer of the bone marrow, stomach, liver, intestine, gall bladder, kidneys and skin, leukemia, other blood diseases, psychological disorders and birth defects.

Approximately three-quarters of the world's uranium is mined on territory belonging to indigenous peoples. The inhabitants of affected regions are (for the most part) vulnerable to exposure from radioactive substances that threaten them with short- and long-term health risks and damaging genetic effects.

As well as the direct health effects from contamination of the water, the immense water consumption in mining regions is environmentally and economically damaging – and in turn detrimental for human health. The extraction of water leads to a reduction of the groundwater table and thereby to desertification; plants and animals die, the traditional subsistence of the inhabitants is eliminated, the existence of whole cultures are threatened.

This is not all. Ending uranium mining – also because of its relevance to the processing of uranium, its military use, the production of nuclear energy and the unresolved problem of how to permanently dispose of nuclear waste – would represent a provision of preventive health care, as well as a policy of peace and reason.

Banning uranium mining would reduce the risk of proliferation. It would make uranium resources more scarce, thus accelerating the abandonment of the civil use of nuclear energy. The pressure on political decision-makers to find safe methods of permanently disposing of nuclear waste would increase. Banning uranium mining would thus promote the phasing-out of the irresponsible practice of using nuclear energy and increase pressure globally to force a change-over to renewable energies.

Herausgeber:

IPPNW

The Nuclear-Free Future Award

gesellschaft für bedrohte völker

Incomindios

uranium-network.org

Web-Adressen:

www.uranrisiko.de
www.ippnw.de, www.ippnw.ch
www.nuclear-free.com
www.gfbv.de, www.gfbv.ch
www.uranium-network.org
www.incomindios.ch

Impressum:

IPPNW - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Redaktion/Layout:
Frank Uhe, Anne Tritschler
Körtestr. 10, 10967 Berlin
kontakt@ippnw.de